

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 5-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stello.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heftanteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. V.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 138

Donnerstag, den 16. Juni 1938

90. Jahrgang

Noch kein Nationalitätenstatut

Eine interessante Havasmeldung

Entsprechend den in den letzten Wochen getroffenen Vereinbarungen fand eine längere Aussprache zwischen dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Hodscha und den bevollmächtigten Vertretern der Sudetendeutschen Partei, den Abgeordneten Kundt, Dr. Rosche, Dr. Peters und den Führungsratsmitgliedern Dr. Sebelowski und Dr. Schickelanz statt.

Ueber die Unterredung schreibt der Prager Sonderberichterstatter der Agentur Havas, daß das Nationalitätenstatut noch nicht behandelt worden sei. Der Einbruch nach dieser neuen Zusammenkunft sei aber günstig. Man verhehle sich zwar die noch zu überwindenden Schwierigkeiten nicht, aber zwei Tatsachen würden als ermutigende Faktoren ausgelegt: einmal der Umstand, daß eine neue Zusammenkunft beschlossen worden sei, dann aber auch die Tatsache, daß diesmal auch der politische Leiter der Sudetendeutschen Partei, der Nichtparlamentarier Dr. Sebelowski, an den Besprechungen teilgenommen habe.

Wie erinnertlich, hatte der englische Ministerpräsident Chamberlain bereits vor mehreren Wochen auf Grund der ihm von Prag gegebenen Auskünfte im Unterhaus mitgeteilt, daß die tschechische Regierung ein Nationalitätenstatut fertiggestellt habe. In Wirklichkeit war dieses Statut, in dem die Rechte der Volksgruppen niedergelegt werden sollen, damals gar nicht vorhanden. Wenn man laut Havas das Statut auch jetzt noch nicht behandelt hat, dann dürfte das aller Voraussicht nach daran liegen, daß das Statut immer noch der Fertigstellung harret.

In der Haupttagung des Spitzenverbandes der tschechoslowakischen Industrie in Prag befürwortete der Präsident, Generaldirektor der Zivnotkassa-Bank, D. P. R. e i f, ein Einlenken und eine Verständigung mit Deutschland, mit dessen politischer, nationaler und sozialer Wiedergeburt gerechnet werden müsse.

Bei der Tagung sprach auch der neue Vorsitzende des Sudetendeutschen Hauptverbandes der Industrie, Theodor Liebig, der u. a. erklärte, die Verhältnisse hätten sich für das Wirtschaftsleben in den Randgebieten in den letzten Wochen durch die politische Anspannung und durch die tiefgreifenden militärischen Maßnahmen wesentlich verschärft. Die Unsicherheit habe zeitweise zu einem wahren Käuferstreck geführt. Die Bauern seien in weiten Landstrichen an der Bearbeitung ihrer Felder behindert gewesen. Er wies weiter darauf hin, daß die tschechoslowakische Regierung nichts getan habe, um die natürlichen Benachteiligungen der Randgebiete zu mildern.

Die Verhandlungen in Prag

Das Presseamt der Sudetendeutschen Partei teilt mit: „Dienstagabend waren die Vertreter der Sudetendeutschen Partei, die Abgeordneten Kundt, Dr. Peters, Dr. Rosche, Dr. Sebelowski und Dr. Schickelanz beim Ministerpräsidenten Dr. Hodscha, um die Antwort der Regierung auf das Memorandum der Sudetendeutschen Partei entgegenzunehmen.“

Ministerpräsident Dr. Hodscha erklärte namens der Regierung, daß diese sowohl das Memorandum der Sudetendeutschen Partei als auch das Nationalitätenstatut der Regierung als Grundlage der Verhandlungen betrachten wolle. Um die gegenseitige Stellungnahme zu ermöglichen, findet eine weitere Aussprache in den nächsten Tagen statt.

Abgeordneter Kundt nahm die Mitteilung des Ministerpräsidenten zum Anlaß, um das Memorandum neuerlich zu begründen und legte besonderen Nachdruck auf die Feststellung, daß dieses keine Theorien enthalte, sondern Unerlässlichkeiten, die nach 20jährigen Erfahrungen zur Sicherung des Sudetendeutschums und zur Neuordnung der politischen Verhältnisse im Staate notwendig sind.

Das tschechoslowakische Pressebüro hat eine gleichlautende Erklärung veröffentlicht. Wie wir weiter erfahren,

betonte Abgeordneter Kundt gegenüber dem Ministerpräsidenten, daß die Karlsbader Grundzüge Konrad Henleins eine realistische Beurteilung der Gesamtlage der einzelnen Volksgruppen und des Staates bedeuten.

Die Beschwerden der Sudetendeutschen Partei

Zu dem Kommuniqué über die Besprechungen, die zwischen Ministerpräsident Dr. Hodscha und den Vertretern der Sudetendeutschen Partei am Dienstag stattgefunden haben, teilt das Presseamt der Sudetendeutschen Partei noch folgende Einzelheiten mit:

In der Unterredung mit Ministerpräsident Dr. Hodscha brachten die Vertreter der Sudetendeutschen Partei auch jene Erscheinungen und Vorfälle des öffentlichen Lebens bis auf den letzten Tag zur Sprache, die es insbesondere der Öffentlichkeit schwer verständlich erscheinen lassen, daß auf gewisser tschechischer Seite ernste Absichten einer Regelung und Ordnung bestehen. Sie brachten insbesondere die unverständliche und störende Zensurpraxis, die gegenüber den deutschen Zeitungen gehandhabt wird, zur Sprache.

Weiter brachten die Vertreter der Sudetendeutschen Partei neuerliche Beschwerden über die Fortdauer der

außerordentlichen Maßnahmen vor, die auch in Bereichen nicht behoben wurden, für welche bereits verbindliche Zusagen vorliegen. Die Normalisierung der Verhältnisse bedeutet eine unauflösbare Notwendigkeit im Interesse des Fremdenverkehrs, des freien Handels, der Feldbestellung und der industriellen Produktion. Im Besonderen wurden die Vorkommnisse bei den einzelnen Wahlen am vorraanen Sonntag behandelt.

Dann wurde die Erledigung der ev. eingebrachten Beschwerden, die rasche Konstituierung der Gemeindevertretungen und die umgehende Befestigung der Vorsteher und Bürgermeister gefordert. Gegen das Verhalten der Sicherheitsorgane, wie in Mährisch-Schönberg, Grünwald, Warnsdorf, Reichenberg, Trautenau, Neuern, Wilmterberg, Eisenstein, wurde nachdrücklich Beschwerde eingeleitet.

Schließlich wurde die Zahlung von Entschädigungen im Zusammenhang mit den militärischen Maßnahmen der letzten Wochen und eine endgültige Klärung der Rechtslage verlangt. Der Ministerrat nahm das mitgebrachte Material entgegen, das durch weitere Besprechungen ergänzt werden soll.

Stillstand der militärischen Operationen

Folgen des Hochwassers des Selben Flusses

Die gewaltigen Ueberschwemmungen des Selben Flusses haben einen allgemeinen Stillstand der militärischen Operationen in Mittelchina verursacht. Dazu kommt noch, daß auch der Jangtse katastrophal steigt. Fachleute fürchten, daß im Verlauf des erst kommenden eigentlichen Hochwassers der Fluß in sein altes Bett aus dem vorigen Jahrhundert zurückkehren wird. Damit würden sich Kartenbild und Wirtschaft Chinas grundlegend verändern, von der militärischen Lage ganz abgesehen.

Japanische Flieger beobachten das rasende Vordringen der Fluten, die die Lunghai-Bahn schon längst überschritten haben. Die ersten Ausläufer haben bereits fünfzig Kilometer südlich der Bahn alles vernichtend ganze Dörfer fortgespült. Die riesigen Menschenverluste sind noch gar nicht abschätzbar. Alle Deichbruchstellen sind 5 Kilometer breit und die Flutwellen mehrere Meter hoch. Es ist daher den Japanern nicht möglich, die rasenden Flutmassen abzufangen.

Die Japaner beschuldigen die Chinesen, daß sie bewußt 20 Millionen Menschen opfern, um den Vormarsch der Japaner zu stoppen. Gerüchte wollen wissen, daß Marschall Tschiangkai-schek, der sich zuerst der Zerstörung der Deiche widersetzt habe, doch dem Einfluß der Kommunisten habe nachgeben müssen. Als sicher jedoch darf gelten, daß chinesische Banden die verzweifelte Eindeichungsversuche der Japaner überall mit der Waffe zu verhindern versuchen.

200 Meter dicke Deiche gebrochen

Unterstützt von 300 000 chinesischen Bauern, nahmen die japanischen Truppen unter Einsatz aller technischen Formationen den Kampf gegen den entseffelten Selben Fluß auf. Die 12 Meter hohen und 200 Meter dicken Deiche lassen sich an den Bruchstellen nicht mehr stützen, so daß das ausströmende Wasser durch Anlegen neuer Deiche und den Bau von neuen Kanälen gebändigt werden soll. Diese riesige Arbeit vereinigte zum erstenmal Japaner und Chinesen zur Abwehr einer beide gemeinsam bedrohenden Gefahr. Die nationalen Gegensätze sind zum Schweigen gebracht.

Die Hauptstadt von Honan, Kaifeng, die von Flüchtlingen überfüllt ist, gleicht einer hochummauerten Insel in wildbewegter See. Solange die Mauern der Stadt und die mit Sandsäcken verrammelten Tore dem Wasserdruck standhalten, besteht keine unmittelbare Gefahr. Behn-

tausende von Flüchtlingen, die vor den Fluten so gut wie nichts retten konnten, sammelten sich auf den nicht zerstörten Teilen des Lunghai-Bahnkamms. Hunderte von Flößen versuchen Ertrinkende zu retten. Um die Stadt Chutungmon hat sich ein riesiger See gebildet, der 500 Quadratkilometer groß und vier Meter tief ist.

Zusammenarbeit gegen Moskau

Botschaft Mandschukuo an das deutsche Volk.

Anläßlich der Ratifizierung des deutsch-mandschurischen Freundschaftsvertrages durch die mandschurische Regierung übergab der Ministerpräsident von Mandschukuo, Marschall Changhai ng hui, dem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros eine Botschaft an das deutsche Volk.

In dieser Botschaft heißt es:

Das Volk Mandschukuo bewundert das deutsche Volk, das seit der Errichtung des nationalsozialistischen Regimes unter der Führung Adolf Hitlers steigenden Wohlstand errungen, sich trotz innerer und äußerer Schwierigkeiten eine unausweichbare Stellung unter den Völkern der Erde gesichert hat und angesichts der glorreichen Tradition der germanischen Rasse unablässig bestrebt ist, allgemeine Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten.

Das deutsche Volk bewies uns große Sympathie zu einer Zeit, als wir in einer schwierigen internationalen Lage waren, zuerst durch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen durch Handelsabkommen, alsdann wurde unsere internationale Position durch den Abschluß des Antikomintern-Abkommens mit Japan indirekt gestärkt. Nun unternahm das deutsche Volk Schritte, um durch einen formalen Vertrag die Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu verewigen. Ich bin mir voll bewußt, daß alles dies nur dem Scharfblick und der Weitsicht des großen Führers der deutschen Nation zu verdanken ist sowie dem Mut, mit dem Deutschland, für das das mandschurische Volk hohe Bewunderung und tiefe Dankbarkeit empfindet, an den ewigen Gesetzen von Recht und Gerechtigkeit festhält.

Ich glaube auch, daß die nächste Aufgabe der beiden Völker darin besteht, der Zusammenarbeit gegen den Bolschewismus durch den Abschluß eines Vertrages konkrete Formen zu geben.

